



# Einnahmen stärken: Gerechte Steuerpolitik

Die LINKE sieht sich in ihren Forderungen durch DGB-Haushaltsanalyse bestätigt

Die LINKE teilt die Kritik des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen an der Politik der einseitigen Ausgabenkürzungen in den vergangenen Jahren. „Nur durch eine gerechtere Steuerpolitik, wie zum Beispiel mit der Wiedererhebung der Vermögenssteuer, kann die Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte nachhaltig erhöht werden. Davon würden insbesondere die klammen Kommunen im Freistaat Thüringen profitieren“, sagte der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion Frank Kuschel.

Die am 5. September vom DGB-Bezirk Hessen-Thüringen vorgelegte Analyse der Landes- und Kommunalfinanzen in Thüringen und die daraus folgenden Forderungen bestätigten diese Position. Insbesondere Investitionen in die vielerorts marode kommunale Infrastruktur würden somit befördert werden. „Eine kommende Landesregierung ist gefordert, ernsthafte Initiativen für eine andere Steuerpolitik auf Bundesebene auf den Weg zu bringen“, betonte Frank Kuschel.

Allein 500 Millionen Euro Mehreinnahmen würden dem Land Thüringen jährlich durch eine moderate Vermögenssteuer zugute kommen. „Wenn ein Fünftel der Kommunen in Thüringen über keinen Haushalt verfügt, ist das ein strukturelles Problem. Der DGB hat dafür praktikable Vorschläge zur Lösung unterbreitet“, unterstrich der LINKE Abgeordnete.

Der DGB-Bezirk Hessen-Thüringen hat jetzt zum zweiten Mal nach 2011 eine ausführliche Analyse der Landes- und Kommunalfinanzen in Thüringen präsentiert. Danach hat kein anderes Bundesland so auf die Ausgabenbremse getreten wie Thüringen. Die Ausgaben im Landeshaushalt sind im Jahresdurchschnitt seit der Jahrtausendwende um 0,6 Prozent gesunken. Rückläufig sind sowohl die Investitionen als auch die Beschäftigung im Öffentlichen Dienst. Der gleiche Trend ist auch bei den Kommunen auszumachen.

### „Öffentliche Hand auf dem Weg in den Magerstaat“

Gabriele Kailing, Vorsitzende des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen, sieht die öffentliche Hand auf dem Weg in den Magerstaat: „Zu geringe Bildungs- und Sozialausgaben, ein Rückgang der öffentlichen Investitionen und ein allgemeiner Abbau öffentlicher Leistungen gefährden den sozialen Zusammenhalt und sind ökonomisch falsch. Die abhängig Beschäftigten und ihre Familien sind auf einen gut ausgestatteten und gerecht finanzierten Wohlfahrtsstaat angewiesen, der allen Kindern gleiche Bildungschancen bietet, öffentliche Leistungen in angemessenem Umfang sowie gute und gut bezahlte Arbeitsplätze bereitstellt. Die Gesellschaft kann sich keinen armen Staat leisten.“ Der Autor der Studie, Kai Eicker-Wolf, kritisiert, dass das in der mittelfristigen Finanzplanung for-

mulierte Ziel einer konstanten Pro-Kopf-Verschuldung ökonomisch unsinnig ist. „Die Tragfähigkeit der Staatsverschuldung bemisst sich an der so genannten Schuldenstandsquote, also dem Verhältnis von Staatsverschuldung und dem Bruttoinlandsprodukt. Die Schuldenstandsquote weist in Thüringen seit dem Jahr 2009 einen recht steilen abwärts gerichteten Trend auf. Dieser Trend wird sich aufgrund der Schuldenbremse, die in der Landeshaushaltsordnung verankert ist, fortsetzen. Soll die Pro-Kopf-Verschuldung konstant gehalten werden, dann muss das Land aufgrund des Bevölkerungsrückgangs Schulden tilgen, was absurd ist. Das Land wäre besser beraten, dieses Geld in wichtige Zukunftsinvestitionen zu stecken oder es den Kommunen zu geben.“

Kailings Stellvertreter Sandro Witt mahnt eine Verbesserung der Einnahmesituation an, um der strukturellen Unterfinanzierung der öffentlichen Hand zu begegnen: „Eine Steuerpolitik, die wieder zur Besteuerung nach Leistungsfähigkeit zurückkehren würde, könnte den Spielraum der öffentlichen Hand deutlich erweitern – hierfür muss sich die neue Landesregierung durch Bundesratsinitiativen stark machen und Bündnispartner suchen. Aus Sicht der Bundesländer ist vor allem die Wiedererhebung der Vermögenssteuer und eine stärkere Besteuerung sehr hoher Erbschaften attraktiv, da das Aufkommen aus beiden Steuern vollständig in die Länderhaushalte fließt.“ ■

## KOMMENTIERT:

von Bodo Ramelow

### Nun glaubwürdig und schnell handeln

*Obwohl von Verfassungsgericht und Rechnungshof der Griff in die Thüringer Fraktionskassen schon vor mehr als zehn Jahren untersagt wurde, geht die Selbstbedienung offenkundig unbeirrt weiter, wie jetzt auch das Magazin Spiegel mit Verweis auf die Zulagenpraxis der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag an ausgewählte Abgeordnete berichtete.*

*Wir werden nun alle rechtlichen Möglichkeiten prüfen, um diesen offensichtlichen Missbrauch von Steuergeldern zu stoppen. Der Schaden – mittlerweile ein Millionenbetrag aus der Steuerkasse – muss ersetzt und die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.*

*Offensichtlich herrschen in der CDU-Fraktion Raffgier und ein Hang zur Selbstbereicherung, der auch vor Missbrauch von Steuergeldern nicht zurückschreckt. Über die Verwendung der Steuergelder wird auch schon mal missbräuchlich entschieden, Hauptsache man verdient an dieser sehr speziellen Vetternwirtschaft ein ordentliches Zubrot.*

*Diese Zahlungen müssen endlich beendet werden. Fest steht, dass die CDU in Thüringen nach der Devisen handelt: 'Es gibt viel zu verdienen, packen wir uns die Taschen voll'. Die LINKE wird nach der Wahl alle notwendigen Schritte einleiten, damit dieser Missbrauch von Steuergeldern zukünftig ausgeschlossen ist und die falsch ausgereichten Gelder der letzten Jahre bis auf den letzten Cent an das Land Thüringen zurückgehen. Die jetzige Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) hat es in der Hand, nun glaubwürdig und schnell zu handeln. Der bisher geheim gehaltene Rechnungshofsbericht macht deutlich, dass die Thüringer CDU-Fraktion ganz offensichtlich vorsätzlich handelt und somit wissentlich gegen die Rechtsgrundsätze verstößt, die das Bundesverfassungsgericht aufgestellt hat. Dies wird auch nicht dadurch abgemildert, dass die FDP-Fraktion sich ähnlich rechtswidrig verhält.*

*Der Vorsatz und der verurteilende Charakter der illegalen Zulagen-Praxis ergeben sich aus dem nun aufgefundenen Prüfbericht und der Fortsetzung der beanstandeten Zahlungen. Wenn Landtagspräsidentin Diezel und Rechnungshofpräsident Detté jetzt nicht glaubwürdig handeln, dann muss sich erneut die Staatsanwaltschaft mit diesem Missbrauch beschäftigen.* ■

## AKTUELL Unaufhaltsamer Aufwärtstrend

Denkbar günstig sind die Ausgangspositionen der LINKEN bei den Landtagswahlen am 14. September. Sie ist die einzige der fünf Landtagsparteien (CDU, LINKE, SPD, FDP, Bündnis90/DIE GRÜNEN), die seit der ersten Thüringer Landtagswahl am 25. Oktober 1990 einen permanenten Anstieg in der Zustimmung der Wählerinnen und Wähler im Land erzielen konnte.

Die PDS startete hier 1990 mit 9,7 Prozent, bei der nächsten Landtagswahl 1994 waren es schon 16,6 Prozent und fünf Jahre später 21,3 Prozent. Im Jahr 2004 erreichte die PDS in Thüringen bereits 26,1 Prozent. 2009 trat die mit der WASG fusionierte PDS erstmals als Partei DIE LINKE zu den Landtagswahlen an und erzielte einen Spitzenwert von

27,4 Prozent. Für die LINKE zogen 27 Abgeordnete in den Landtag ein, sie wurde damit zweitstärkste Fraktion und übernahm die Oppositionsführung.

Es mehrten sich die Anzeichen, bestätigt auch durch Umfragen, dass dieser Aufwärtstrend auch am 14. September 2014 nicht gebrochen wird und ein weiter wachsender Anteil unter den 88 Landtagsmandaten von Abgeordneten der LINKEN besetzt wird. Zehn Tage vor dem Urnengang sah infratest dimap die CDU bei 34 Prozent, ein Minus von zwei Punkten im Vergleich zur letzten Erhebung im Juli. Sechs Punkte dahinter liegt die Linke mit aktuell 28 Prozent (plus ein Punkt). Mit größerem Abstand ist die SPD drittstärkste Kraft (16 Prozent, minus drei). Während die Grünen mit aktuell fünf Prozent (minus

eins) um ihre Mandate fürchten muss. Die AfD wurde bei sieben Prozent (plus drei Punkte) gesehen. Die NPD verharre mit vier Prozent unterhalb der Sperrklausel und der FDP verbleibe mit drei Prozent der Wiedereinzug in den Thüringer Landtag versperrt. Alle anderen Parteien würden zusammen genommen drei Prozent der Stimmen erzielen.

Am Wahlsonntag sind 1,84 Millionen Thüringerinnen und Thüringer aufgerufen, die Zusammensetzung des neuen Thüringer Landtags in seiner sechsten Legislaturperiode zu bestimmen. Rund 51 Prozent der Wahlberechtigten sind Frauen und rund 39.000 Männer und Frauen im Alter von 18 bis 21 Jahren können erstmals an einer Landtagswahl teilnehmen. ■